

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Beantwortung der Schriftlichen Anfrage betreffend «HomeworkGap» - dem digitalen Graben in der Volksschule, eingereicht von Gemeinderat F. Künzler (SP)

Am 5. Dezember 2016 reichte Gemeinderat Fredy Künzler namens der SP-Fraktion folgende Schriftliche Anfrage ein:

«Auf Ebene der Volksschule (Primar- wie Sekundarschule) wird internet-basiertes Lernen immer wichtiger. In der sich rasant wandelnden digitalen Welt ist ein gutes Mass an Medienkompetenz bereits in der Unterstufe unabdingbar. Kinder und Jugendliche, die gut mit digitalen Medien umgehen können, sind nicht nur weniger gefährdet, sie sind auch selbstbestimmter und besser ausgebildet.

Heute können Dreijährige selbständig Youtube auf dem Tablet-Computer bedienen, lange bevor sie lesen können. Gleichzeitig wissen Siebenjährige nicht mehr, was ARD oder ZDF bedeutet – der digitale Wandel geht schneller als man denkt. Doch längst nicht alle Kinder haben zu Hause Internet-Zugang, wie die Lehrerin meines Sohnes (1. Klasse) anlässlich eines Elterngesprächs beiläufig erwähnte. Es ist zu befürchten, dass Kinder und Jugendliche bereits in der Unterstufe in Digital Natives und Internet-Abstinente eingeteilt werden. BYOD (bring your own device) – Schüler bringen ihre digitalen Geräte in den Unterricht – verschärft die Ungleichheit zusätzlich, weil manche Eltern nicht die Mittel haben, Notebooks oder Tablets anzuschaffen.

Das Problem der Hausaufgaben, die Internet-Zugang verlangen, den man nicht hat, nennt sich «HomeworkGap». Jessica Rosenworcel, Kommissarin der US-Amerikanischen FCC Federal Communications Commission adressiert das Problem in einem Vorschlag, man möge Schulbusse mit WiFi ausstatten, damit unterprivilegierte Kinder und Jugendliche Zugang zur Digitalen Welt bekommen []. Dies wird für Winterthur kaum die richtige Methode sein, so oder so untergräbt der zunehmende «HomeworkGap» die Chancengleichheit, der Maxime der Volksschule.*

In diesem Zusammenhang werden dem Stadtrat folgende Fragen gestellt:

- 1. Gibt es Erhebungen, wie viele Prozent der Kinder der Volksschule zu Hause keinen Internet-Zugang haben (eingeteilt in Unterstufe / Mittelstufe / Oberstufe). Falls keine Zahlen vorhanden sind, wird der Stadtrat aufgefordert, eine anonymisierte Umfrage durchführen zu lassen, damit eine Diskussionsgrundlage für allfällige weitere Massnahmen geschaffen wird.*
- 2. Welche Massnahmen trifft die Stadt bereits, um den «HomeworkGap» zu entschärfen?*
- 3. Gibt es Bestrebungen in dieser Sache auf übergeordneter Ebene?»*

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

Ganz allgemein wird mit dem Vorstoss das Thema der Chancengerechtigkeit in der Volksschule angesprochen. In einer von zunehmender sozialer und kultureller Heterogenität geprägten Gesellschaft besteht das Risiko, dass nicht alle Kinder den gleichen Zugang zu ausreichender Bildung haben. Dazu hat die «Städteinitiative Bildung», die entsprechende Untergruppe des Städteverbands, in der auch Winterthur vertreten ist, im Juni 2016 ein Themenpapier herausgegeben (<http://staedteinitiative-bildung.ch/de/info/Dokumentation/Publikationen>).

Darin wird ein Prinzip von «Bildungsgerechtigkeit» vertreten, welches danach fragt, «welche Prinzipien und Praxen dazu beitragen, eine unangemessene Verteilung von Bildung unter Schülerinnen und Schülern der Volksschule zu vermeiden» (S. 4). Bei jeder Neuerung in der Volksschule wird diese Grundfrage von neuem gestellt werden müssen.

Die Aussage, dass Internet-basiertes Lernen immer wichtiger wird, unterstützt der Stadtrat. Alle Schulen der Stadt Winterthur sind daher mit Internet und z.T. mit WLAN ausgerüstet. Im Rahmen des Konzepts ICT-Primar, dessen Umsetzung der Grosse Gemeinderat am 7. November 2016 genehmigt hat, werden die Klassenzimmer der Primarstufe mit WLAN ausgerüstet. Diese technische Ausstattung ist die Grundvoraussetzung, um die Kenntnisse in Medienpädagogik und Informatik im Rahmen des Moduls Medien und Informatik des Lehrplans 21 zu vermitteln.

«Bring your own device» (BYOD) wird mit Ausnahme der Mechatronikschule Winterthur (MSW) noch in keiner Schule der Stadt Winterthur angewandt. Obwohl allgemein beobachtet wird, dass die Verbreitung von Smartphones und Tablets unter den Schülerinnen und Schülern zunimmt, ist davon auszugehen, dass es – wenn überhaupt – noch einige Zeit dauert, bis die Volksschule auf BYOD umstellt. Dem Umstand der Chancengerechtigkeit könnte dannzumal begegnet werden, indem zum Beispiel von der Schule entsprechende Geräte zur Verfügung gestellt würden, wo dies nötig ist.

Zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage 1:

«Gibt es Erhebungen, wie viele Prozent der Kinder der Volksschule zu Hause keinen Internet-Zugang haben (eingeteilt in Unterstufe / Mittelstufe / Oberstufe). Falls keine Zahlen vorhanden sind, wird der Stadtrat aufgefordert, eine anonymisierte Umfrage durchführen zu lassen, damit eine Diskussionsgrundlage für allfällige weitere Massnahmen geschaffen wird.»

Für die Stadt Winterthur gibt es keine repräsentative Untersuchung, die belegt, wie viele Haushalte einen Internetzugang haben. An dieser Stelle kann aber auf die James Studie (ZHAW und Swisscom) aus dem Jahr 2016 verwiesen werden. Diese liefert repräsentative Zahlen zur Mediennutzung von Jugendlichen im Alter von 12 bis 19 Jahren in der Schweiz. In Bezug auf den Gerätebesitz und den Internetzugang wird folgendes ausgesagt:

- 97 % der befragten Haushalte besitzen einen Internetzugang.
- 99 % der befragten Haushalte besitzen einen Computer bzw. Laptop.
- 100 % der erwähnten Haushalte besitzen ein Handy.

(Quelle: <https://www.zhaw.ch/psychologie/james>)

Diese Zahlen repräsentieren die Haushalte der Alterskategorie der Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass die Haushalte von Primarschülerinnen und Primarschüler ähnlich gut ausgerüstet sind. Es darf von einer ausserordentlich tiefen Durchdringung der Gesellschaft mit Internet ausgegangen werden. Eine zusätzliche Umfrage für die Stadt Winterthur erachtet der Stadtrat aufgrund dieser Datenlage als nicht notwendig.

Zur Frage 2:

«Welche Massnahmen trifft die Stadt bereits, um den «HomeworkGap» zu entschärfen?»

Im Rahmen des Projekts ICT-Primar werden alle Primarschulen mit einer neuen Hardwareinfrastruktur ausgerüstet. Diese beinhaltet unter anderem, dass alle Schülerinnen und Schüler mit einem eigenen «Lernstick» (<http://imediass.fhnw-ph.ch/themen/lernstick/>) ausgerüstet werden. Damit ist ein handelsüblicher USB-Stick gemeint, auf dem eine spezielle Lernumgebung basierend auf dem Betriebssystem Linux, installiert ist. Der Lernstick kann auf den meisten Computern gestartet werden, womit den Schülerinnen und Schülern zu Hause die Lernumgebung auch ohne Internetzugang zur Verfügung steht.

Das ICT-Konzept der Sekundarschulen der Stadt Winterthur stammt aus dem Jahr 2013 und wird auf das Jahr 2020 überarbeitet. Im Nachfolgekonzept wird BYOD und damit auch die hier angesprochene Problematik sicher Thema sein.

Sollten zu Hause weder Internetzugang noch ein Computer verfügbar sein, wird zum Beispiel in vielen Schulen den Schülerinnen und Schülern schon heute angeboten, nach der Schule oder in Zwischenstunden die ICT-Infrastruktur in der Schule zu benutzen.

Zur Frage 3:

«Gibt es Bestrebungen in dieser Sache auf übergeordneter Ebene?»

In einer Information des Volksschulamts über die Umsetzung des Lehrplans 21 im Bereich Medien und Informatik hat dieses kürzlich erstmals erwähnt, dass in Zukunft BYOD möglicherweise Thema wird. Übergeordnet sind der Stadt Winterthur keine Bestrebungen gegen einen allfälligen «HomeworkGap» bekannt. Eine Nachfrage beim Volksschulamt hat ergeben, dass der erwähnte Lösungsansatz – Nutzung der Schulinfrastruktur in Zwischen- oder Randstunden – ebenfalls genannt wird.

Alle Schulen der Stadt Winterthur haben aufgrund einer übergeordneten Vorgabe ein Medien- und ICT-Konzept entwickelt. In diesem Konzept könnte ein solches Angebot festgehalten werden. Das Konzept basiert auf der Vorlage der Bildungsdirektion (<http://ict-guide.edu-ict.zh.ch>). Diese macht darin Empfehlungen. Sie finanziert jedoch keine lokale ICT-Infrastruktur und macht auch keine verbindlichen Vorgaben darüber.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Simon